



## **AfD-Gruppe im Kreistag Ludwigsburg**

### **Redeentwurf Haushaltsrede**

#### **Sitzung des Kreistags Ludwigsburg am 11.12.2020 in Oberstenfeld TOP 3 „Haushaltsplan 2021 und Finanzplanung 2020 – 2024“ (Vorlage KT\_37/2020) - Haushaltsrede der AfD-Gruppe (Redner: Walter Müller)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kollegen/Innen,

zunächst möchte ich mich den Vorrednern anschließen und bedanke mich ebenfalls bei den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit.

Zum Haushaltsplan 2021 und der mittelfristigen Finanzplanung 2020 – 2024 ist lobend zu erwähnen, dass die Höhe des Kreisumlagesatzes nach mehr als 20 Jahren in diesem Jahr entgegen der bisherigen Praxis ohne vorherige Festlegung, d.h. ohne Quasi-Vorgabe - durch die Fraktionen der Altparteien Freie Wähler, CDU, SPD und FDP und unter Ausgrenzung der Grünen, Linke und AfD - in der Haushaltssitzung des Kreistags beschlossen werden soll.

Allerdings halten wir die Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes mit 27,5 % angesichts der auf den Kreishaushalt zusätzlich aufgrund von Corona zukommenden finanziellen Belastungen für einen schweren Fehler. Die Folgen und finanziellen Verwerfungen sind bei nahezu allen 39 Städten und Gemeinden des Kreises schon in diesem Jahr mit voller Wucht spürbar; fast überall regiert der Rotstift, werden Gemeindesteuern und Gebühren erhöht, und kommunale Leistungen werden eingeschränkt. Angesichts der schon im Vorjahr zu erkennenden konjunkturellen Eintrübung und angesichts weiter steigender Anforderungen bspw. bei den RKH-Kliniken hatten wir als Einzige schon bei den Haushaltsberatungen im Jahr 2019 für den Haushalt 2020 für eine moderate Erhöhung des Kreisumlagesatzes um 0,5 % plädiert - getreu dem Motto: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not...“ und so, wie es die „Schwäbische Hausfrau“ getan hätte - was allerdings von allen im Kreistag LB vertretenen Altparteien abgelehnt wurde. Dies rächt sich jetzt. Auch dieses Mal plädieren wir wiederum für eine maßvolle Erhöhung des Kreisumlagesatzes, damit der Kreis Ludwigsburg die gestiegenen Anforderungen in den künftigen Jahren finanziell schultern kann; man denke nur an die wegen Digitalisierung erhöhten finanziellen Anforderungen bei den in der Zuständigkeit des Landkreises liegenden Schulen oder an die Finanzierung der geplanten Investitionen bei den RKH-Kliniken.

Die Erhöhung wäre wegen der deutlich günstigeren Rahmenbedingungen bereits im Vorjahr sinnvoll gewesen. 2022 soll der Kreisumlagehebesatz den Planungen der Verwaltung zufolge auf 28,5 Prozentpunkte erhöht werden, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen wegen Corona erheblich schlechter sein werden als heute. Es ist daher abzuwarten, ob dieses Vorhaben trotz des sich schon jetzt abzeichnenden Widerstands durch die im Kreistag vertretenen Oberbürgermeister und Bürgermeister gelingen wird. In diesem Zusammenhang ist der Mut und die Weitsicht des Landrats im Enzkreis zu loben, der seinem Kreistag eine Erhöhung des Hebesatzes bereits für den Haushalt 2021 vorgeschlagen hat.

Im Vergleich zu anderen Landkreisen in der Region Stuttgart ist der Kreisumlagehebesatz im Landkreis Ludwigsburg 2020 mit 27,5 Prozentpunkten sehr niedrig und liegt unter dem Durchschnitt von 30,61 Prozentpunkten. Bei der durch die Mehrheit der (Ober)Bürgermeister und der im Kreistag sitzenden Gemeinderäte ist zu befürchten, dass hier wegen der Doppelfunktion ein Zielkonflikt einerseits zwischen der Sichtweise der (Ober)Bürgermeister und Gemeinderäte als Interessenvertreter ihrer Kommunen, die an möglichst geringen Umlagen interessiert sind und andererseits aufgrund der Sichtweise dieser Mandatsträger als Kreisräte besteht, die an einer auskömmlichen Finanzierung des Kreishaushalts und damit ggfs. an einer höheren von den Kommunen zu leistenden Kreisumlage interessiert sind. Wir sind gespannt, wie dieser Zielkonflikt künftig gelöst wird.

Angesichts der uns vom Ältestenrat zugewiesenen und von der Verwaltung vollzogenen Redezeitbegrenzung auf lediglich 5 Minuten verzichte ich auf Ausführungen zur Kreditentwicklung, dem Verschuldungsgrad, zu Kosten im Bereich der Migration, zu den Nachsorgerückstellungen und zur Stellenentwicklung.

Den vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2021 lehnt die AfD-Gruppe ab, weil er nicht auf solidem finanziellen Fundament steht und daher nicht zukunftsfest ist.

Ludwigsburg, im Dezember 2020

Walter Müller

**Dipl.-Kfm. Walter Müller (Vaihingen/Enz)**  
Sprecher der AfD-Gruppe im Kreistag Ludwigsburg

**Beate Maier (Dipl.-Soziologin; Steinheim)**

E-Mail: [walter.mueller@afd-lb.de](mailto:walter.mueller@afd-lb.de)

Tel: 0711/2063-5667

